

Outsourcingmöglichkeiten im Bereich der Verwaltung

- **Kenntnisnahme des Gutachtens der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) und Entscheidung über das weitere Vorgehen**
-

Beschluss: (Ziffer 1: einstimmig, Ziffer 2: 29:6 Stimmen, 3 Enthaltungen)

- 1. Das Gutachten der GPA (Phase 1) zu den Outsourcingmöglichkeiten bei der Stadt Ettlingen wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die in dem Gutachten ausgewählten Handlungsfelder unter Berücksichtigung der Ettlinger Besonderheiten auszuwerten und dem Gemeinderat zur Entscheidung über eine vertiefte Untersuchung (Phase 2) vorzulegen.**

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Die CDU-Gemeinderatsfraktion beantragte mit Schreiben vom 26. September 2006, die in Betracht kommenden Möglichkeiten des sog. "Outsourcing" im Bereich der Verwaltung mit dem Ziel zu untersuchen, einen höheren Kosteneinsparungsgrad im Verwaltungshaushalt zu erreichen. Mit Beschluss vom 15. November 2006 (R. Pr. Nr. 131) stimmte der Gemeinderat zu, die GPA entsprechend dem von ihr erstellten Angebot mit der Prüfung zu beauftragen. Die Untersuchung gliedert sich demnach in zwei Phasen:

- (1) Bestandsanalyse und Konzeptionsphase sowie
- (2) Potentialanalyse der in der ersten Phase ausgesuchten Handlungsfelder

Die Fachämter nahmen im ersten Untersuchungsschritt (Phase 1) zu den Outsourcingmöglichkeiten von Produkten Stellung, an denen sie beteiligt sind. Die GPA wertete diese Stellungnahmen aus und benannte Produkte, bei denen eine vertiefte Untersuchung der Outsourcingmöglichkeiten erfolgversprechend erscheint. Das Ergebnis dieses ersten Untersuchungsschrittes der GPA liegt in Form eines Gutachtens vom 06.11.2008 vor. Aufgabe der Verwaltung ist es nun zu prüfen, bei welchen der aufgezeigten Handlungsfelder ein Outsourcing sinnvoll erscheint. Dabei sind nicht nur die gewachsenen Ettlinger Strukturen zu beachten, sondern auch die Auswirkungen auf Ziele, die mit der Produkterstellung erreicht werden sollen.

Nach Vorlage der geprüften Produkte durch die Verwaltung entscheidet der Gemeinderat in einer separaten Sitzung, welche Handlungsfelder letztendlich in Phase 2 durch die GPA vertieft untersucht und für das Outsourcing entscheidungsreif aufgearbeitet werden sollen.

Für alle Mitglieder des Gemeinderats ist das Gutachten als Anlage beigefügt.

- - -

Eine Vorberatung der Angelegenheit fand in der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 25.11.2008 statt. Auf die Erläuterungen zu dieser Sitzung, die allen Mitgliedern des Gemeinderats zugingen, wird hingewiesen.

- - -

Oberbürgermeisterin Büsselmaker erläutert die Vorlage mündlich und informiert darüber, dass in Phase 2 auch geprüft werde, ob interkommunale Zusammenarbeit möglich sei.

Stadtrat Foss verweist auf den wichtigen Hintergrund, den Verwaltungshaushalt zu entschlagen. Er persönlich bedauere, dass die Hausmeisterdienste outzusourcen, abserviert worden sei, anstatt eine Probephase zu machen.

Stadträtin Dr. Eyselen findet, dass das Gutachten viel zu allgemein gehalten sei. Zudem sei der Aspekt der interkommunalen Zusammenarbeit zu kurz gekommen. Die Hausmeisterdienste für öffentliche Gebäude und Hallen outzusourcen, könnte man sich vorstellen, aber nicht für die Schulen. Die FE-Fraktion hoffe, dass Phase 2 spezifischer für Ettlingen werde.

Stadträtin Hofmeister teilt die positive Einstellung der CDU-Fraktion nicht. Outsourcing sei nicht immer der Stein der Weisen und kein Allheilmittel. Sie befürchte, dass die Menschen dann keine sichere Stellung mehr hätten. Zum Bericht teile man die Meinung der FE-Fraktion. Alles sei sehr unverbindlich, man nehme es allerdings zur Kenntnis.

Stadträtin Saebel möchte, dass die Stadt Ettlingen ihrer sozialen Funktion als Arbeitgeber weiterhin gerecht werde, besonders bei den niederen Lohngruppen. Sie möchte beantragen, dass die Stadt sich bei den Anbietern über das Lohngefüge informiere, wenn man Outsourcing erwäge. Auch die Kosten möge man im Hinterkopf behalten. Sie plädiert dafür, bei der interkommunalen Zusammenarbeit Einsparpotenziale auszuloten.

Stadträtin Lumpp kann sich in vielen Punkten Stadträtin Saebel nur anschließen. Beim Theater zum Beispiel sei das Gutachten sehr konkret oder beim Thema Unterbringung von Flüchtlingen. Man möge sich auf die Handlungsfelder beschränken, bei denen man überhaupt mit einem gewissen Erfolg rechnen könne.

Stadtrat Künzel möchte den Ansatz jetzt nicht schlechter reden, als er gemeint sei. Es handle sich nur um den ersten Schritt. Auch in Bezug auf die Verwaltungsstruktur müsse man das Thema bedenken. Es gehe nicht nur um die niedrigen Lohngruppen. Er stimme der Vorlage für die FDP zu.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker wirft ein, dass Outsourcing nicht nur untere Lohngruppen betreffe sondern z. B. auch den EDV-Bereich und Ingenieurleistungen wie Hochbau, Tiefbau und Verkehrsplanung, besonders juristische Gutachten und Vermessung.

Stadträtin Saebel entgegnet, dass das, was man schon gemacht habe, ja nicht mehr zur Disposition stünde.

Stadtrat Deckers ist der Ansicht, dass die Oberbürgermeisterin nun zahlreiche Beispiele genannt habe. Diese alle hätten ja zur Folge haben müssen, dass das Personal weniger werde. Es dürften nämlich nicht neue Aufgaben erfunden werden.

Stadträtin Hofmeister ist der Ansicht, dass die Oberbürgermeisterin dem Gemeinderat schuldig geblieben sei, was man an Kosten durch das bisherige Outsourcing gespart habe.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker hält die Kosten nicht für das alleinige Kriterium. Es gäbe immer verschiedene Vor- und Nachteile.

Ohne weitere Aussprache werden die oben genannten Beschlüsse gefasst.